

# Die politische Radikalisierung

Teil 1

Neu! Die Archiv-Serie!

Wieder entdeckt: ein spannendes Dokument aus der Geschichte der internationalen Settlement-Bewegung – die Dokumentation des IV. Kongresses des Internationalen Verbandes der Nachbarschaftshäuser „International Federation of Settlements“, der vom 16. bis 20. Juli 1932 in Berlin stattgefunden hat.

Unser internationaler Dachverband IFS hat sich vorgenommen, ein Archiv mit wichtigen Dokumenten aus der weltweiten Geschichte der „Settlements“ und sozio-kulturellen Nachbarschaftshäuser zusammenzustellen. Wir werden im Rundbrief in loser Folge Ausschnitte aus den dabei gemachten Entdeckungen veröffentlichen. Den Anfang macht der hier präsentierte Ausschnitt aus der Dokumentation der 1932er-Tagung, die deutlich im Zeichen der heraufziehenden faschistischen Gefahr in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern steht. Mit Klarsicht, Engagement und Mut setzen sich die Delegierten aus 12 Ländern mit der aktuellen Situation auseinander und versuchen, die Aufgaben der Nachbarschaftshäuser angesichts der absehbaren Gefahren neu zu bestimmen.

Wie konkret die Gefahr ist, wird den Teilnehmern des Kongresses unmittelbar erfahrbar, als am letzten Tag, dem 20. Juli, in Preussen die demokratisch gewählte Regierung durch einen Staatsstreich gestürzt wird und damit einige Gesprächspartner, mit denen man gerade noch gemeinsam gearbeitet und geplant hatte, entmacht werden.

Präsidium und Teilnehmerliste des Kongresses lesen sich wie ein Who is Who der besten Köpfe der Internationalen Settlementbewegung dieser Zeit.

Im Präsidium (aber aus Gesundheitsgründen nicht persönlich anwesend): Henrietta Barnett, die mit ihrem Mann Samuel zusammen im Jahre 1884 in London Toynbee Hall das erste Settlement gegründet hatte, und Jane Adams, die Gründerin des ersten amerikanischen Settlements (Hull House in Chicago), die gerade ein Jahr zuvor – 1931 – mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden war. Außerdem im Präsidium und in einer zentralen Rolle bei Vorbereitung und Durchführung des Kongresses: Prof. Friedrich Siegmund-Schultze, Gründer der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin Ost (1911), der deutschen Adaption der Settlement-Idee.

Mitglieder der deutschen Delegation waren u.a.: Prof. Walther Classen (Volksheim Hamburg), Elisabeth von Harnack (Berlin), Wenzel Holey (Arbeiterschiftsteller und Mitarbeiter der SAG Berlin Ost), Karl Meyer-Spelbrink (Nettelstedt), Käte Radke (Köln).

Ein Jahr nach dem Kongress wurden die wichtigsten Vertreter der deutschen Nachbarschaftshäuserbewegung in die Emigration gezwungen. Viele kamen nach 1945 zurück und halfen dabei, die Grundlage für das Wiedererstehen der Nachbarschaftshäuserbewegung zu schaffen.

Der Bericht von der 1932er-Tagung wurde (o.J.) vom französischen Verband der sozio-kulturellen Zentren in französischer Sprache veröffentlicht. Die Übersetzung des Kapitels „Die politische Radikalisierung“ besorgte Ellen Scherer, die Übersetzung wurde bearbeitet von Herbert Scherer und Christoph Kloesel.

## Bericht von der 1932er-Tagung

Was die Deutschen die ‚politische Radikalisierung‘ nennen, ist ein Phänomen, das hier entstanden ist und sich ausgebreitet hat, das aber auch die benachbarten Länder betrifft, die in ähnlicher Weise von den Nachwirkungen des Krieges und der ökonomischen Krise betroffen sind.

Man darf dieses Phänomen nicht mit dem Radikalismus älterer Tradition verwechseln, der in anderen Ländern zu finden ist und der Parteien betrifft, denen eine doktrinaire Strenge zu eigen ist, die sich Kompromissen verweigert. Die Radikalisierung, um die es hier geht, hat wenig mit Prinzipien zu tun, es geht vielmehr um Taktik und Disziplin. Sie bedeutet das Bemühen einer Partei, die nach Macht strebt, die für ihre Zwecke alle möglichen Truppen anwerben und ihnen den Befehl aufzwingen will, sich in keinem Fall mit den Vertretern der feindlichen Parteien einzulassen, sondern sie auf allen Gebieten und mit allen Mitteln zu bekämpfen.

**Diese Radikalisierung, die das diametrale Gegenteil des Liberalismus darstellt, widerspricht der Tätigkeit der Settlements auf allen Ebenen.** Aus diesem Grund hatten die deutschen Settlements, die davon am meisten betroffen waren, dieses Thema auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt. Auch wenn die Vertreter der englischen, französischen und amerikanischen Settlements bislang davon ausgegangen waren, dass dieses Problem nicht ihres sei, verfolgten sie doch mit lebhaftem Interesse eine Debatte, in der sich nach den Vertretern Deutschlands auch die Delegierten aus Österreich, Ungarn, Holland, Finnland und den skandinavischen Ländern zu Wort meldeten. Auch wenn sie sich nicht selbst explizit zu Wort meldeten, hatten sie doch allen Grund, den Schlussfolgerungen zuzustimmen, die in bester Settlement-Tradition darin bestanden, dass der Geist, wenn er die brutalen Kräfte, die ihn bekämpfen, besiegen und unschädlich machen will, diese zuerst kennen und verstehen muss.

Die Delegierten wurden in die Problematik zuerst von Professor Siegmund-Schultze und Herrn Wenzel Holey eingeführt, die in zwei parallelen Berichten von den Anfängen der Sozialen Arbeitsgemeinschaft

Berlin-Ost erzählten und sich mit dem auseinander setzten, was sie die „linke Radikalisierung“ in Deutschland nannten.

„Als die Soziale Arbeitsgemeinschaft ihre Arbeit begann“, sagte Professor Siegmund-Schultze, „tat sie das in einem sozialdemokratischen Milieu, das zwar auf der einen Seite an den Klassenkampf glaubte, aber auf der anderen Seite einer Zusammenarbeit mit den anderen Klassen zustimmte.“

Herr Holek machte deutlich, dass es diese Zustimmung nicht von Anfang an gegeben hatte. Er kann als ausgesprochen glaubwürdiger Zeuge gelten, weil er selbst ein führendes Mitglied der sozial-demokratischen Partei gewesen ist und sich nur nach und nach für die Gedanken von Professor Siegmund-Schultze hatte gewinnen lassen, um schließlich dessen engagierter Mitstreiter zu werden. „Die Arbeiterklasse“, sagte er, „hatte in dieser Zeit Gründe, misstrauisch zu sein.“

Und mit einer mitreißenden Intensität, die an den ehemaligen kämpferischen Redner in großen öffentlichen Versammlungen erinnerte, beschrieb Herr Holek die Bedingungen des Arbeiterlebens vor 1910 mit all seiner Armut und Unsicherheit, die auch eine Folge der Versuche war, die Arbeiterbewegung niederzuschlagen – durch Verhaftung ihrer Führer, durch Aufenthaltsverbote für Tausende von Aktivisten, durch das Verbot von 300 Zeitungen und Zeitschriften und die Auflösung ebenso vieler Vereine. Kein Mitleid hatten in dieser Situation die bürgerlichen Parteien, im Gegenteil: mit ihrer Mehrheit hatten sie im Parlament die Ausnahme Gesetze beschlossen. Von den Kirchen gab es Tadel, die Arbeitgeber gründeten ‚gelbe (Streikbrecher-) Gewerkschaften‘, um eine Gegenwehr der Arbeiter zu verhindern.

„Das war die Situation vor 22 Jahren“, sagte Herr Holek, „als einige Studenten und Studentinnen sich dazu entschieden, Professor Siegmund-Schultze zu begleiten, ihr heimatliches Ufer zu verlassen und am anderen Ufer anzulegen, um dort ihre Zelte aufzuschlagen, um die Welt der Arbeit kennen zu lernen und das Schicksal der Arbeiter zu teilen. Von einem Tag auf den anderen lernten sie gründlich das Geheimnis der Existenzen kennen, die von den zwei Arten der Entlohnung gelenkt wurden, von der ‚Zeitarbeit‘, die mehr als heute mit unerträglicher Überwachung und Kontrolle verbunden war, und von der ‚Akkordarbeit‘, die zu dieser Zeit sehr häufig von den Arbeitgebern dazu benutzt wurde, den Lohn unter Verweis auf die Übereinstimmung zwischen Angebot und Nachfrage zu drücken.“

Der gesetzliche Schutz für die Arbeiter und ihre Familien bestand lediglich in einer begrenzten Krankenversicherung und in einer sehr unzureichenden Invaliditätsrente, auf die man erst ab 70 einen Anspruch geltend machen konnte.

Der Staat mischte sich ansonsten in das Arbeiterleben nur insofern ein, dass er Steuern erhob, die Schulpflicht verordnete und schwere oder leichte Vergehen bestrafte. Niemals ging es darum, sich nach den Arbeitsbedingungen zu erkundigen oder für eine Anpassung der Löhne an die Lebensbedürfnisse der Familien zu sorgen. Ebenso wenig ging es um die anderen Bedürfnisse der Menschen, z.B. auch einmal Muße zu haben und einmal einen anderen Weg zu gehen, als den, der zur Fabrik führt. Und der Staat kümmerte sich auch nicht um die alltäglichen Sorgen darum, wie es am nächsten Tag weitergehen würde, die auf den Arbeitern und ihren Familien lasteten.“

All das hatte nach Meinung von W. Holek zu einer gewissen „Radikalisierung des Geistes“ geführt, die erklärt, warum die Arbeiter von Berlin-Ost erst einmal mit erheblicher Reserve auf die Annäherungsversuche der Vorkämpfer einer anderen Haltung reagierten, die Freundschaft zwischen den Menschen anstelle von Klassenhass verkündeten und die konkurrierende Eigeninteressen durch die Idee der gegenseitigen Dienstleistungen ersetzen wollten. Sie traten dafür ein, dass die Menschen nicht durch Befehle und Ordnungsrufe gegängelt würden, sondern das Recht dazu haben sollten, eine eigene Meinung durch Auswahl aus verschiedenen Möglichkeiten zu bilden. **Auch Lenkung müsse den Menschen Freiheit lassen.**

Dass die Vorkämpfer es trotz aller Widerstände doch geschafft haben, ihr Ideal zu verwirklichen und, wie Holek es nennt, „eine Keimzelle“ von dem zu errichten, was ihnen als Ziel vor Augen schwebte, „die wahrhaft menschliche Gemeinschaft“, lässt sich an dem erkennen, was er selbst und Professor Siegmund-Schultze über das berichtet haben, was sich davon bis in die heutige Zeit erhalten hat. Allerdings gibt es jetzt einen höheren Anteil an Mitgliedern aus der Arbeiterschaft, die zum Teil die Sympathie und Unterstützung aus dem Bürgertum ausgleichen, das sich zurückzieht. Aber wenn die Soziale Arbeitsgemeinschaft trotz ihrer zurückgegangenen Mitgliedschaft treue Freunde behält, wird sie wieder wachsen, wenn die Radikalisierung in allen Milieus, auf der Rechten wie auf der Linken zunimmt und mächtig Sturm läuft gegen die öffentliche Ordnung und die aktuelle Verfassung. ((Anm. der Übersetzerin: Es sei daran erinnert, dass diese Einschätzung aus dem Sommer 1932 stammt!)),

Auf der Linken sind es bekanntlich die Kommunisten, die die Position eingenommen haben, auf der sich vorher die Sozialdemokraten befanden. Diese beiden Parteien stehen sich unversöhnlich gegenüber. Außerdem behandeln die Kommunisten, die in naher Zukunft die Herrschaft des Proletariats erwarten, jeden als Feind, der diesen Zeitpunkt hinauszögert, ungeachtet dessen, ob es sich um einen Proletarier oder einen Bürgerlichen handelt.

Auf der Rechten sind es die National-Sozialisten, deren zwitterhaftes Werben ihren Erfolg begünstigt. So bekommen sie auf der einen Seite Unterstützung von den Unternehmern, die sich dadurch erhoffen, ihre Autorität wiederherzustellen, die in dem Maße zurückgegangen, wie ihr Umsatz gesunken ist. Auf der anderen Seite finden sich bei ihnen alle – ruinierte Bürgerliche, entmachtete Fürsten –, die ihre ehemaligen Privilegien vermissen, aber auch Angestellte, Studierende bis hin zu jenen „anarchistischen und verzweifelte Elementen der Straße“, wie Professor Siegmund-Schultze den verkommensten Typ der Unzufriedenen charakterisiert.

Was die sichtbaren oder verborgenen Ursachen der Unzufriedenheit betrifft, so erinnern die Berichtstatter natürlich an das unendliche Elend, dem so viele ausgesetzt waren. Sie weisen auch auf den Vorwurf hin, den das Land seinen Regierenden machte, weil die es weder verstanden hatten, durch ein standhafteres Verhalten das deutsche Ansehen wieder herzustellen noch die Ökonomie in den Griff zu bekommen und so die gefährdeten Industrien wieder flott zu machen. Insbesondere stellten sie die Auswirkungen dar, die die Aufstachelung zur Gewalt auf die Mittelklasse und die studentische Jugend hatte. **Die Mittelklasse hatte nicht mehr wie früher Lust, „sich den Kopf über die Politik zu zerbrechen“, aber was soll man tun, wenn man sich zugleich allein von der Politik die Rückkehr zu den „guten alten Zeiten“ erhofft, denen man nachtrauert?** Wenn die Schüler und Studenten andere Sorgen im Kopf haben, als sich um das Lernen zu kümmern, liegt das auch daran, dass selbst die brilliantesten Studienergebnisse keine Garantie für ihre Zukunft darstellen. Deswegen sind viele selbstorganisierte Diskussionszirkel von Studenten, in denen es ihnen zuerst um ihre berufliche Zukunft ging, unter dem Einfluss massiver politischer Propaganda zu Kampfgruppen der Parteien geworden.

Bei den Arbeitern schließlich, der Bevölkerungsgruppe, die im Mittelpunkt des Interesses der Sozialen Arbeitsgemeinschaft steht, zu der sie den intensivsten Kontakt und die größte Sympathie hat, hat die gleiche Propaganda leichtes Spiel gehabt, weil sie nur die Wut über die Notverordnungen aufgreifen musste, von denen eine nach der anderen entweder Steuern und Abgaben erhöht oder Hilfeleistungen abbaut.

Allerdings wäre es nach Meinung von W. Holek, dessen Position in dieser Hinsicht von M. Leisten aus Görlitz vehement unterstützt wurde, ein Irrtum, zu glauben, dass die Radikalisierung nur eine Reaktion auf materielle Verschlechterungen sei. Zwei Jahre lang hatten die Arbeiter zur allgemeinen Überraschung Entbehrungen aller Art mit erstaunlicher Geduld ertragen. Aber was sie wütend macht – das machte M. Gramm am Beispiel der Revolte eines Arbeitslosen gegen die Wohlfahrtsverwaltung deutlich –, ist das Bewusstsein ihrer Abhängigkeit und

ihrer Isolation. Dieses Bewusstsein bedrückt nach Darstellung von M. Leisten Millionen von Arbeitern, die noch einen Arbeitsplatz haben, den sie aber durch neue technische Fertigungsverfahren oder Rationalisierungsmaßnahmen bedroht sehen. Welcher Mann weiß nicht, wenn er sieht, wie eine neue Maschine montiert wird, dass sie entweder ihn selbst oder einen seiner Kollegen den Arbeitsplatz kosten wird? Auch wenn er zu denen gehört, die die Maschine bedienen werden, kann er sich seines Brotverdienstes nicht sicher sein, weil seine Fähigkeiten nicht länger gefragt sind, wenn es nur noch darum geht, mit vorgeschriebenen mechanischen Handlungen ein Räderwerk zu bedienen.

„Es ist seine soziale Isolierung, vor der der Arbeiter flieht“, schlussfolgerte M. Leisten: „An dem Tag, an dem er die Uniform einer Partei anzieht. Wenn er in der Gesellschaft anderer mitmarschiert, glaubt er, wieder etwas geworden zu sein.“

Der Radikalisierung, diesem falschen Hilfsmittel gegen ein Übel, unter dem die ganze Arbeiterklasse leidet, stellt M. Leisten eine Alternative entgegen, von der es nach seinen Worten schon längst eine unterbewusste Ahnung gibt: die Befreiung aus dem Gefängnis des bloßen Materialismus. In dieser Hinsicht, denkt M. Leisten, haben die Sozialdemokraten in den Jahren, in denen sie an der Macht waren, einen großen Fehler gemacht, indem sie sich ausschließlich um das materielle Wohlergehen gekümmert haben, um Lohn- und Wohnungspolitik, und nicht um die geistigen Bedürfnisse, die „ein Volk hat, dem die Götter fehlen“.

Diese Betrachtungsweise, die noch grundsätzlichere Fragen berührt als die gegenwärtige Lage, von der Deutschland am meisten betroffen ist, fand eine verstärkende Resonanz durch Beiträge aus anderen Ländern, die im Krieg neutral gewesen waren und von der gegenwärtigen Depression weniger hart betroffen sind.

So gibt es z.B. in Schweden und in den anderen skandinavischen Ländern, in denen die Settlements einen starken protestantischen Bezug haben – d.h. dass diese Konfession und ihre Vorstellungen vom Göttlichen in der Gründungsphase einen bestimmenden Einfluss auf ihre Anhänger hatten –, heute Zeichen der Verwirrung, über die D. Beskow Folgendes sagte: „Der Materialismus verbreitet sich und die geistigen Gedanken scheinen den meisten eine Verschwendung von Zeit und Kraft zu sein. Dieser Widerstand gegen die Religion ist der markanteste Ausdruck der Radikalisierung. Gleichgültigkeit oder Verneinung, das sind die Haltungen, die einem am häufigsten begegnen. Allein die Eliten sind interessiert an Fragen im Zusammenhang von Psychologie, Moral und Religion.“

Bezogen auf Beobachtungen in Holland, aber vergleichbar auch in anderen europäischen Ländern,

Man muss jedoch auch den heldenhaften Kampf verstehen und achten, den in anderen Ländern die alten Settlements führen, die von allen Seiten von feindlichen Parteien umzingelt sind. Im Namen der österreichischen Settlements wies Frau Löhr, die bereits von der Verrohung berichtet hatte, die eine Folge der Arbeitslosigkeit sei, auf die Verrohung durch die Radikalisierung hin. Sie berichtete dann noch von einer Aktion der Settlement-Mitarbeiter/innen (Bewohnerinnen), die die Ferienzeit dazu benutzt hatten, um auf dem Lande städtische und ländliche Mütter zusammenzubringen; sehr viel Misstrauen und Vorurteile verschwanden auf beiden Seiten durch die gemeinsam eingenommenen Mahlzeiten und die geteilten Hausarbeiten; selbst die Väter hörten auf, sich gegenseitig für die jeweils besseren zu halten und sich gegen die anderen abzugrenzen, Bauern gegen Arbeiter und Arbeiter gegen Bauern. Ein anderes Beispiel war das jenes jungen Mannes, eines eifrigen Besuchers der Studienzirkel in der Lienfeldergasse, der einer der aktivsten Agitatoren des radikalisierten Sozialismus gewesen war. „Wissen Sie“, sagte er eines Tages, „dass das Settlement daran schuld ist, dass ich nicht mehr für die politische Propaganda tauge?“

Natürlich hatten die Settlement-Mitarbeiter/innen dieses halb verzweifelte Eingeständnis als eine Ehrung empfunden, da es bewies, dass ihr junger Freund beim Settlement gelernt hatte, jede Idee unter mehreren Aspekten zu betrachten. Jedoch bewerteten sie einen solchen Erfolg als Ausnahme. Sie stellten die unzähligen Beispiele von jungen Leuten und Kindern dagegen, die seit ihrer Schulzeit, angestiftet von ihren Lehrern und Lehrerinnen, nur danach strebten, sich bei einer der radikalen Gruppierungen einzureihen.

„Angesichts eines dermaßen generellen Problems“, sagte Frau Löhr, „müssen wir unsere eigene Haltung gegenüber den Parteien festlegen.“

Sie schlussfolgerte, dass es vergebens sein würde, vorzugeben, diese nicht zu kennen. Die Neutralität der Settlements bedeute immer, dass es einen Ort darstelle, „wo sich die unterschiedlichen Menschen treffen können“. Aber die Neutralität könne zum Beispiel nicht verhindern, dass das Settlement sich mit der benachbarten Arbeiterschaft zusammen um die Verteidigung von – unter schwierigen Bedingungen erkämpften – Errungenschaften bemüht wie z.B. die Gesetze zur Hilfeleistung für Alte, Invalide und Arbeitslose. **Das Settlement wahrt seine Rolle, wenn es die Regierungen im Namen der Gerechtigkeit wachrüttelt und sie daran erinnert, „dass es keinen nationalen Wohlstand gibt, der mit dem Elend eines Teils der Bevölkerung erkaufte ist“.**

Mit erheblich mehr Nachdruck bestand ein Vertreter Ungarns auf der Notwendigkeit, dass die Settlements mit den Funktionsträgern des Staates bei der Gestaltung sozialer Reformen zusammenarbeiten

müssten, was auch bedeute, zu den politischen Parteien Kontakt zu halten. In der Tat ist in Ungarn die Situation so, dass die Parteien alles durchdringen, dass sie vorgeben, die ganze Nation zu umfassen – Männer, Frauen, Alte, Kinder – alle, die Stimmrecht haben oder auch nicht. Also, wenn die Settlements die Bildungsprogramme nicht kennen, die die Parteien für ihre Anhänger entwerfen, wie können ihre Mitarbeiter/innen dann wirkungsvolle eigene Programme durchführen? Als Überlebende veralteter Herangehensweisen und Methoden könnten sie als Prediger in der Wüste enden.

Der Kreis schloss sich da, wo er begonnen hatte, in Berlin-Ost, bei den Repräsentanten der Sozialen Arbeitsgemeinschaft, die man nicht mehr nach ihren Prioritäten oder ihren Idealen fragen muss, sondern nach den Mitteln, mit denen sie hoffen, ihre Isolation überwinden und ihre Arbeit fortsetzen zu können.

Herr Wenzel Holek sprach sich dagegen aus, den relativ bequemen Ausweg zu wählen, das Settlement in ein einfaches Gesundheits- oder Wohltätigkeitszentrum umzuwandeln. „Wir dürfen uns nicht damit zufrieden geben, Schwestern der Barmherzigkeit zu sein, die über kranke Körper wachen, da unsere Aufgabe darin besteht, unseren Freunden zu einem neuen Leben zu verhelfen.“

Professor Siegmund Schulze berichtete darüber, dass die von der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost angebotenen technischen Kurse noch immer auch Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation zu ihren Hörern zählten. Aber um diese Jugendlichen an sich zu binden und mit den Jungen und Mädchen wieder solche Beziehungen herzustellen, wie sie das Settlement 20 Jahre lang mit ihren Eltern aufrecht erhalten hat, muss das Settlement ihnen vielleicht entgegengehen. Prof. Siegmund Schulze meint, dass in den Unterhaltungen der Mitarbeiter/innen mit den jungen Kommunisten die Hypothese einer kommunistischen Rekonstruktion der Gesellschaft nicht völlig ausgeschlossen werden dürfe.

U.a. auf diese Anregung hin zitierte Frau Kuppert, die den Vorsitz der Sitzung führte und die Debatten zusammenfasste, einen Spruch aus dem neunzehnten Jahrhundert zur Zeit des Untergangs einer alten und des Beginns einer neuen Welt: „Wir müssen ein Jude sein unter den Juden, ein Grieche unter den Griechen und ein Römer unter den Römern.“

Wer Interesse an einer intensiveren Beschäftigung mit diesem und anderen historischen Dokumenten aus der Settlementbewegung hat, kann Material auf der Website des Internationalen Verbandes finden ([www.ifsnetwork.org](http://www.ifsnetwork.org)), sich aber auch an unsere Geschäftsstelle in Berlin wenden ([berlin@sozkult.de](mailto:berlin@sozkult.de), Tel. 030 8610191).